
DIE „NEUE“ GEFAHR VON RECHTS

POSITIONSPAPIER UND POLITISCHES SELBSTVERSTÄNDNIS
DER ANTIFASCHISTISCHEN AKTION KARLSRUHE



Inhalt

Vorwort 5

1. Den politischen Kontrahenten und seine Aktionsfelder kennen und analysieren 7
 - 1.1. Die (Neue) Rechte in Deutschland und Europa 7
 - 1.1.1 Die Alternative für Deutschland: Schulterschluss zwischen Konservatismus und völkischem Nationalismus 8
 - 1.1.2. Die (Neue) Rechte als Ausgangspunkt einer nationalen Revolution 8
 - 1.1.3. Faschistische Kleinstparteien und europäischer Faschismus 10
 - 1.1.4. Fazit 11
 - 1.2. Die Aktionsfelder und Argumentationsmuster der (Neuen) Rechten 11
 - 1.2.1. Islamfeindlichkeit 12
 - 1.2.2. Antifeminismus und der Kampf gegen Political Correctness 13
 - 1.2.3. Ethnopluralismus und Kulturalismus am Beispiel der „Identitären Bewegung“ 14
 - 1.3. Die Methodik der regelmäßigen Massenmobilisierung 15
 - 1.4. Schlussbetrachtung 16
2. Zur Notwendigkeit eines organisierten, abwehrfähigen Antifaschismus 17
 - 2.1. Ausgangspunkt antifaschistischer Aktion: Faschismusthesen und Theorien 18
 - 2.1.1. Faschismus als Option der kapitalistischen Klasse 18
 - 2.1.2. Faschismus als Bündnis 20
 - 2.1.3. Einschätzung aktueller Bündniskonstellationen 23
 - 2.2. Analyse aktueller faschistischer AkteurInnen bzw. ProfiteurInnen und deren Gefahrenpotenzial 24
 - 2.2.1. Aktuelle gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen 24
 - 2.2.2. Der Knoten zwischen Konservatismus und Faschismus 25
 - 2.3. Zur Notwendigkeit eines offensiven Antifaschismus 26
 - 2.3.1. Die Fehler der Vergangenheit reflektieren 26
 - 2.3.2. Antifaschismus und revolutionären Aufbau trennen 27
 - 2.3.3. Antifaschismus organisieren und stärken 28
3. Literaturverzeichnis 29

1. Auflage 2016

© Antifaschistische Aktion Karlsruhe

Redaktion und Gestaltung: Antifaschistische Aktion Karlsruhe

Druck: Antifaschistische Aktion Karlsruhe

antifa-karlsruhe.org

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Vorwort

Liebe LeserInnen,

wir befinden uns gerade in ungemütlichen Zeiten. Aktuell brennen wieder Geflüchtetenunterkünfte und Asylsuchende und MigrantInnen, aber auch Linke und AntifaschistInnen sind Übergriffen von Rechts ausgesetzt. Nicht nur die Häufigkeit der Angriffe ist erschreckend, auch die Anzahl der aufgeklärten Übergriffe offenbart mal wieder, wie wenig die Strafverfolgungsbehörden und Geheimdienste an einer Aufklärung rassistisch und fremdenfeindlich motivierter Gewalt interessiert sind.

Was mit den Pogromen in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen 1991 und 1992 und der Mordserie des NSU begann, nimmt nun weiter seinen Lauf. Dabei wird die Pogromstimmung – ähnlich wie Anfang der 90er – von Medien und Politik weiter angeheizt. Die Polizei sieht lieber zu, als einzugreifen und überlässt dem wütenden Mob wieder die Straße. Dieser Pogromstimmung, die im Zuge ökonomischer und gesellschaftlicher Krisen stetig wiederkehrt, müssen wir als AntifaschistInnen etwas entgegensetzen. Dabei reicht es nicht aus, rein politisch zu intervenieren – wir müssen rechte Aktivitäten verhindern. Dazu müssen rechte Organisationen zerschlagen und faschistische Tendenzen im Keim erstickt werden. Jedoch dürfen wir aber auch nicht vergessen, dass die Erstarkung der Rechten und die Pogromstimmung auch daraus entstanden sind, dass sich der Antifaschismus derzeit in einer organisatorischen Krise befindet.

Um aus der Krise herauszukommen, bedarf es vielerlei Schritte. Wir wollen den ersten Schritt vor Ort wagen und in Karlsruhe Antifaschismus wieder organisieren. Nach der Auflösung der Autonomen Antifa Karlsruhe vor drei Jahren haben sich mittlerweile zwar wieder offene Strukturen gebildet und es konnte an verschiedenen Orten gegen Nazis und andere Rechte interveniert werden. Jedoch ersetzt dieses dauerhafte Abwehren und Reagieren keine fundamentale und kontinuierliche antifaschistische Theorie und Praxis – das haben wir die letzten Monate in verschiedenen Situationen festgestellt.

Auch die Tatsache, dass sich die Naziszene in Karlsruhe und Umland wieder offen auf die Straße traut, ist für uns als AntifaschistInnen ein nicht hinnehmbarer Zustand. Dem wollen wir auf Dauer wieder etwas entgegensetzen. Daher haben wir die Antifaschistische Aktion Karlsruhe gegründet, um als feste Gruppe wieder effektiv und gezielt antifaschistische Positionen und Interventionen in den Mittelpunkt aktueller Geschehnisse zu rücken. Dabei ist es für uns wichtig Antifaschismus im Kontext der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu denken. Das bedeutet für uns, gesellschaftlichen und staatli-

chen Rassismus und faschistische Tendenzen in Gesellschaft und Politik zu analysieren, sie auf ihre Kausalitäten hin zu bewerten, und Strategien dagegen zu entwickeln.

Mit der hier vorliegenden Arbeit haben wir eine Analyse aktueller rechter und faschistischer Tendenzen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene erstellt, auf deren Grundlage wir letztlich strategische Ansätze entwickeln und uns als politische Gruppe positionieren wollen.

1. Den politischen Kontrahenten und seine Aktionsfelder kennen und analysieren

Um den rückschrittlichen Bewegungen verschiedenster Art eine nachhaltige und zugleich effektive Antwort entgegenstellen zu können, bedarf es zuerst einer Analyse ihrer Zusammenhänge und eine Einordnung in gesamtgesellschaftliche Entwicklungen. In den letzten Jahren ist ein europaweiter gesellschaftlicher Rechtsruck festzustellen. Dies ging nicht nur damit einher, dass einige neue rechte Gruppierungen die Bühne der Politik betreten haben, auch bei der Wahl der Aktionsfelder hat eine Schwerpunktverlagerung stattgefunden. Dazugekommen sind ebenfalls neue Argumentationsmuster und Methoden des öffentlichen Auftretens. Dieses Kapitel liefert dazu einen kurzen Überblick. Auf die daraus resultierende Problematik gilt es dann Antworten zu finden.

1.1. Die (Neue) Rechte in Deutschland und Europa

Mit der Wahl zum aktuellen Europäischen Parlament im Frühjahr 2014 ist der gesellschaftliche Rechtsruck in der europäischen Politik angekommen. Rechte und rückschrittliche Parteien legten deutlich an Stimmen zu und stellen mittlerweile 19% der Sitze des Parlaments. In Frankreich (Front National), in Großbritannien (UKIP), in Ungarn (Fidesz) sowie in Dänemark (Dänische Volkspartei) gingen rechte Parteien klar als stärkste Kraft aus der Wahl hervor. Auch im deutschsprachigen Raum ist dieser Trend angekommen. So konnte in Österreich die FPÖ deutlich an Stimmen gewinnen, während sich in der BRD die AfD als neue Partei rechts der Union etablieren und erste Wahlerfolge feiern konnte.

Aber auch abseits des Europäischen Parlaments konnten in den vergangenen Jahren die genannten Parteien in die jeweiligen nationalen Parlamente Einzug halten. So ging im ersten Wahlgang der Regionalwahlen 2015 in Frankreich der Front National klar als stärkste Kraft hervor. Ein Sieg im zweiten Wahlgang konnte nur durch den Verzicht der Sozialistischen Partei auf einen eigenen Wahlantritt in zwei Regionen verhindert werden. In Ungarn sitzt die Partei Fidesz seit 2010 als stärkste Kraft im Parlament. Bei der Wahl zum österreichischen Bundespräsidenten 2016 setzte sich der Kandidat der Grünen (50,3%) nur mit dem minimalen Vorsprung von 0,6 % gegen den Kandidaten der FPÖ, Norbert Hofer (49,7%), durch. Diese Wahl wurde jedoch kurz darauf von der FPÖ angefochten und wird nach Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs wiederholt.

Auch in Deutschland sitzt mit der Alternative für Deutschland mittlerweile eine natio-

nationalistische Partei in 10 von 16 Landtagen. Der Aufstieg der AfD geschieht nicht losgelöst von gesellschaftlichen Entwicklungen, sondern geht einher mit rassistischen und fremdenfeindlichen Massenmobilisierungen auf der Straße, die Ende Oktober 2014 mit der ersten Demonstration der „Hooligans gegen Salafisten“ („HoGeSa“) eine neue Dimension erlangten und sich mittlerweile in vielen kleinen und größeren Mobilisierungen („Pegida“ in Dresden) erschöpfen.

1.1.1 Die Alternative für Deutschland: Schulterchluss zwischen Konservatismus und völkischem Nationalismus

Die Gefahren, die sich aus dem Grundprinzip des Kapitalismus bzw. der bürgerlichen Gesellschaft, nämlich der stetigen In-Konkurrenz-Setzung der Menschen, ergeben, münden in Kombination mit ökonomischen Krisen schnell zu gesellschaftlichen Krisen. Die Vermischung dieser ökonomischen Ursachen mit gesellschaftlichen Krisen, wie der sogenannten „Flüchtlingskrise“, führen dazu, dass rechte und populistische Forderungen an Konjunktur gewinnen. In Zeiten dieser Umbrüche besteht eine erhöhte Gefahr des Aufkommens und Einsetzens faschistischer Tendenzen – sei es auf der Straße oder in den Köpfen. Auch wenn die extreme Rechte in den letzten Jahren nicht gerade mit sonderlich viel Erfolg für ihr nationalsozialistisches System warb, so ist nicht auszuschließen, dass sie wieder zu mehr Macht gelangt. Die aktuelle Migrationsituation und der Umgang mit ihr durch die politischen EntscheidungsträgerInnen führen dazu, dass die populistischen Forderungen der Rechten nicht nur auf viel Gehör stoßen, sondern sich auch auf der parlamentarisch-politischen Bühne in WählerInnenstimmen umschlagen. Die AfD spielt hier sicherlich eine zentrale Rolle, ist sie doch als parlamentarischer Arm der rechten Bewegungen auf der Straße zu sehen, auch wenn sich Teile dieser rechten Straßenmobilisierung nicht als solche wahrnehmen. Was als reine Protestpartei durch Presse und Medien betrachtet wurde, war von Anfang an ein Schulterchluss zwischen extremen Rechten und Konservativen. In verschiedenen Zusammenhängen und Parteiflügeln treffen völkischer Nationalismus, nationalrevolutionäres Gedankengut und klassische konservative und liberale Positionen aufeinander. Diese Pluralität ist nicht als Schwäche der Partei zu sehen, sondern als Stärke hinsichtlich der gemeinsamen Positionierung und Mobilisierung der Rechten in Deutschland. Die Wahlerfolge der AfD und die Kontinuität rechter Aufmärsche gerade in Bayern und im Osten der Republik verdeutlichen diese Sogwirkung.

1.1.2. Die (Neue) Rechte als Ausgangspunkt einer Nationalen Revolution

Die Ideen, die PolitikerInnen der AfD haben, sind nicht neu. Sie berufen sich ideologisch auf die VordenkerInnen einer „Konservativen Revolution“ zu Zeiten der Weimarer Republik. Schon damals subsumierten sich unter diesem Begriff verschiedene

rechte und reaktionäre politische Strömungen mit dem gemeinsamen Ziel, Demokratie und Liberalismus abzuschaffen und an dessen Stelle die Souveränität Deutschlands wiederherzustellen. Diese gemeinsame Zielformulierung ermöglicht es auch heute noch, dass sich Konservative und Reaktionäre unter dem Sammelbegriff der „Neuen Rechten“ vereinen. Heute sind es vor allem die Verbindungen zwischen (neu-)rechten DenkerInnen und AktivistInnen wie Götz Kubitschek, der „Pegida“-Bewegung (und deren NachahmerInnen) und der AfD, die dieses enge Band zwischen Konservatismus und Faschismus darstellen. Die Idee einer Kulturrevolution von Rechts bildet dabei die gemeinsame Grundlage für das politische Engagement auf den unterschiedlichen Ebenen. Wichtigste AkteurIn ist dabei sicherlich die AfD, die die Ideen einer nationalen Kulturrevolution in die Parlamente tragen will.

Aktuell machen die Rechtsaußenvertreter der AfD um Höcke, Poggenburg und Gauland mobil. Diese basteln schon seit längerem an rechten Netzwerken, beispielsweise mit dem Herausgeber des Compact-Magazins und (Neu-)Rechten Jürgen Elsässer sowie dem Verleger Götz Kubitschek. Höcke, Poggenburg und Gauland sind es auch, die mit ihrer „Erfurter Resolution“ die AfD als eine „Widerstandsbewegung“¹ ansehen, die für eine „grundsätzliche politische Wende in Deutschland“² stehe. Dies würde laut Resolution in Zukunft „zu echten Auseinandersetzungen mit den Altparteien, den Medien und den Trägern der verheerenden Gesellschaftsexperimente führen“³. Die Worte, die hier von Höcke und anderen gewählt wurden, deuten auf die Vorstellung einer nationalrevolutionären Strategie hin, nach der es der AfD vor allem darum gehen solle, die rechten Bewegungen auf der Straße mit den Vorstellungen einer völkisch-nationalistischen Ideologie zu vereinen. Die Rolle der AfD als parlamentarischer Arm einer völkisch-nationalistischen Bewegung wird dadurch umso deutlicher. Höcke, der als Geschichtslehrer weiß wovon er redet, plant die Partei nach dem Vorbild der „NSDAP“ umzubauen. Nicht zufällig sprach die AfD Sachsen-Anhalts – zu der auch er gehört – zuletzt über ihre „Verantwortung für die Volksgemeinschaft“⁴. Eine Ideologie, die aus der Feder des Programms der „NSDAP“ stammt. Eine weitere Gemeinsamkeit mit der „NSDAP“ ist, dass die AfD eine Scharnierfunktion zwischen Konservatismus und der extremen Rechten innehat, wodurch die Gegensätze zwischen demokratischem Konservatismus und Faschismus relativiert und Gemeinsamkeiten betont werden. Das Ziel dieser strukturellen (Neu-)Ausrichtung ist nichts anderes als die Herstellung einer Volksfront von rechts. Auf der Straße scheint dies schon in Teilen zu funktionieren. Die fremdenfeindliche „Pegida“-Bewegung vereint Neonazis und Konservative. Bei

¹ <http://derfluegel.de/erfurterresolution.pdf>

² a.a.O

³ Vgl. <http://publikative.org/2015/12/30/afd-auf-dem-weg-zur-volksfront-von-rechts>

⁴ <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/was-ist-eigentlich-rassistisch-der-afd-11034>

den pogromartigen Übergriffen auf Geflüchtete und deren Unterkünfte in Freital und Heidenau liefen Nazis und BürgerInnen Hand in Hand. Die Ausführungen offenbaren die Gefahr, dass rechte Bewegungen wie „Pegida“ oder die „Demo für Alle“ zum außerparlamentarischen Arm einer rechten Kulturrevolution und damit gleichzeitig zur sozialen Basis im Sinne einer kleinbürgerlichen, autoritären, fremdenfeindlichen und faschistoiden Bewegung werden. Nach Wahlerfolgen und dem erfolgreichen Einzug in mittlerweile über die Hälfte aller Landesparlamente, offenbart sich die AfD schon mal als Träger der rechten Ideologien der Straße in die Parlamente.

1.1.3. Faschistische Kleinstparteien und europäischer Faschismus

Nicht nur die AfD buhlt aktuell um Einfluss innerhalb der rechten Bewegungen auf der Straße, auch rechte Kleinstparteien versuchen sich an die rechten Massenbewegungen anzugliedern – jedoch mit mäßigem Erfolg. Der Niedergang der „NPD“ hat zwar dazu geführt, dass sich die extreme Rechte insgesamt neu aufgestellt hat, an der Substanz und an deren Potenzial hat sich jedoch wenig geändert. Nach Jahren des internen Grabenkampfes zwischen „NPD“ und „freien Kameradschaften“ sind beide Akteure zu Gunsten anderer Organisationen von der politischen Bildfläche verschwunden. Während sich vor allem die „freien Kameradschaften“ in der vom Neonazi Christian Worch gegründeten Partei „Die Rechte“ sowie der von Klaus Amstroff initiierten „III. Weg“ eingegliedert haben, sind die ehemaligen PolitikerInnen und AnhängerInnen der „NPD“ weitestgehend entweder in der AfD untergekommen oder haben sich von der politischen Bildfläche verabschiedet. Eine Renaissance der „NPD“ ist – unabhängig vom Ergebnis der Verbotsverfahrens – nicht zu erwarten, zu sehr lasten die vergangenen Jahre und der Niedergang auf ihr. Für die faschistische Ideologie ist dies ein herber Rückschlag, war die „NPD“ doch lange die Partei, die als offensichtliche Nachfolgepartei der „NSDAP“ nicht nur bedeutende Wahlerfolge für die extreme Rechte einfahren konnte, sondern auch auf der Straße dauerhafte Präsenz zeigen konnte und teilweise über eine gewisse Massenbasis verfügte. Dies änderte sich jedoch stark in den letzten zehn Jahren. Die Partei schaffte es nicht andere Teile der (Neuen) Rechten zu integrieren und sich damit nicht nur breiter aufzustellen, sondern zu einer dauerhaften politischen „Alternative“ zu werden, wie es der AfD nun zu gelingen scheint. Vor dieser Tatsache stellt sich auch die Frage, inwiefern der politische Weg von „Die Rechte“ und des „III. Weg“ zu einer weiteren gesellschaftlichen und politischen Isolation führt und ob daher eine verstärkte Zusammenarbeit mit der AfD (in manchen Regionen der BRD schon vorhanden) stattfindet.

Neben der Betrachtung der faschistischen Bewegung auf nationaler Ebene ist es unerlässlich, den Faschismus in einem größeren „internationalen“ Kontext zu fassen. Denn, dass der politische Faschismus in Zeiten der Globalisierung ebenfalls global

denken muss, ergibt sich aus der Tatsache, dass Teile der Welt sich zu gemeinsamen Wirtschaftsregionen zusammengeschlossen haben und sich dadurch die früher noch aufrecht zu erhaltenden innereuropäischen Rassismen und Kulturdifferenzen (vor allem nach Osten hin) allmählich kaum noch mystifizieren bzw. reproduzieren lassen. Die FührerInnen rechter und faschistischer Parteien Europas arbeiten daher weitgehend zusammen an einem Konzept eines europäischen Faschismus, der eine gemeinsame Integration verschiedener faschistischer Bewegungen unter einer europäischen Nation forciert. Ob sich dieses Konzept tatsächlich innerhalb der faschistischen Bewegungen durchsetzt, muss kontinuierlich beobachtet, analysiert und unter Hinzuziehung ökonomischer und politischer Entwicklungen bewertet werden.

1.1.4. Fazit

Die offen faschistische Bewegung in Deutschland befindet sich in einer Phase der inhaltlichen Diffusität und politischen Isolation. Neonazistische Parteien wie „Die Rechte“ oder der „III. Weg“ scheinen aktuell die Lücke, die ein mögliches Verbot der „NPD“ nach sich ziehen würde, nicht schließen zu können. Dies ist jedoch auch der starken Konkurrenz durch die AfD geschuldet. Während sich die extrem rechten Parteien ihrer Stigmata nicht zu entledigen wissen, erzielt die AfD mit ihrem Rechtspopulismus im Stile der „Das wird man doch noch sagen dürfen“-Opferrolle zweistellige Wahlergebnisse – wovon die „NPD“ selbst in ihrer starken Phase nur träumen konnte. Ob sich diese Ergebnisse dauerhaft erzielen lassen und ob die AfD zu einer sogenannten „Volkspartei“ aufsteigt, hängt von verschiedenen Faktoren ab.

Der Einfluss völkisch-nationalistischer Positionen innerhalb der AfD, der vor allem von führenden AkteurInnen der (Neuen) Rechten initiiert und vorangetrieben wird, steht bisher noch im Gegensatz zu den Positionen vieler anderer wichtiger AfD-PolitikerInnen. Ob ein Machtkampf zwischen eben diesem völkisch-nationalistischen Flügel der Partei gegenüber dem eher gemäßigten konservativ-liberalen Flügel in den kommenden Jahren bevorsteht, hängt auch davon ab, wie sich die Parteiführung verhält und inwiefern sie taktisch vorgehen wird. Bisher scheinen beide Flügel ihren Platz in der Partei zu finden. Diese Entwicklungen geschehen natürlich vor dem Hintergrund des Aufstiegs der Partei. Sollte die AfD ihre Wahlerfolge die nächsten Jahre beibehalten bzw. ausbauen, ohne sich in tiefe Grabenkämpfe zu verlieren, dann wird sie auch das Interesse der herrschenden Klasse wecken.

1.2. Die Aktionsfelder und Argumentationsmuster der (Neuen) Rechten

Neben der Einschätzung über die Stärke der politischen Rechten in Deutschland und Europa ist es unumgänglich deren Aktionsfelder und Argumentationsmuster zu ken-

nen, um angemessen und zielgerichtet ansetzen und intervenieren zu können. Als aktueller Fixpunkt innerhalb der Rechten fungiert dabei die Feindschaft gegenüber dem Islam und seinen AnhängerInnen.

1.2.1. Islamfeindlichkeit

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts löste der Islam andere etablierte Feindbilder der Rechten zumindest in Teilen ab. Die Diskurse um das öffentliche Zeigen von Mohammed-Karikaturen, das Tragen von Kopftüchern oder Burkas, den Neubau von Moscheen (bzw. Minaretten) sowie nicht zuletzt um die terroristischen Anschläge auf das World Trade Center, dem dadurch befeuerten „War on Terror“ und dem Erstarren islamistischer Gruppierungen im Nahen Osten, boten Raum, um auf komplexe Fragen einfache Antworten zu geben. AkteurInnen wie „Pro NRW“, AfD, PI-News oder „Pegida“ nutzen diesen Raum geschickt, um diffuse Ängste vor gesellschaftlichem Wandel aufzugreifen und für ihre akut Menschenleben gefährdende Ideologie zu instrumentalisieren. Hierbei werfen sie ganz bewusst und in traditionell rassistischer Manier Begriffe wie *Islam*, *Islamismus*, *Muslims*, *Koran* in einen Topf und suggerieren, dass es sich bei MuslimInnen um eine homogene Gruppe handelt, die generell einen Bezug zum Terrorismus hat.

Im Zuge tatsächlicher islamistischer Terroranschläge wie im Dezember 2015 in Paris werden auch geflüchtete Menschen generell in diesen Topf geworfen, um einen vermeintlichen Zusammenhang zwischen den Anschlägen und der Tatsache, dass Menschen vor Krieg und Verfolgung nach Europa fliehen, herzustellen. Diese TäterInnen-Opfer-Umkehr ebenso wie die allgemeine Verklärung der gesellschaftliche Zusammenhänge bildet zu großen Teilen die ideologische Grundlage für die regelmäßig und überregional stattfindenden Massenmobilisierungen der (Neuen) Rechten in der jüngeren Vergangenheit, welche 2015 in den pogromartigen Ausschreitungen gegen Geflüchtetenunterkünfte in Heidenau und Freital gipfelten. Analog zur Situation in den 1990er Jahren wird hier die tatsächliche Gefahr der (Neuen) Rechten deutlich. Damals wie heute schaffte sie es, den Druck auf der Straße durch Massenmobilisierungen und Ausschreitungen derart zu erhöhen, dass die etablierten bürgerlichen Parteien, allen voran die Unionsparteien und die SPD, das gesellschaftliche Klima nutzen konnten, um im Schnellverfahren Asylrechtsverschärfungen – euphemistisch „Asylrechtsänderungen“ genannt – durchzupfeitschen.

Über diese Verschärfungen kann auch die dieser Tage oft propagierte und vermeintlich von Angela Merkel personifizierte „Willkommenskultur“ nicht hinwegtäuschen. Sicherlich ist es begrüßenswert, wenn ankommende Geflüchtete mit freundlichen Gesten, Essen und Getränken begrüßt werden. Hierbei findet aber zum Einen eine Verlagerung von staatlicher Verantwortung zu Lasten des Ehrenamtes statt. Zum Anderen wird

vollkommen außer Acht gelassen, dass insbesondere die BRD durch den weltweit drittgrößten Exportmarkt für Waffen, der Beteiligung an Kriegen weltweit, dem Einrichten von so genannten Freihandelszonen auf der einen Seite mannigfaltige Gründe für Flucht überhaupt schafft und auf der anderen Seite versucht, mit dem fortschreitenden Ausbau der „Festung Europa“ in Form von Frontex, Bekämpfung von FluchthelferInnen und dem Abschaffen von Seenot-Rettungsprogrammen, flüchtende Menschen an der Einreise nach Europa zu hindern.

1.2.2. Antifeminismus und der Kampf gegen Political Correctness

Viele Argumentationsmuster der (Neuen) Rechten zielen darauf ab, gesellschaftliche Fortschritte und wissenschaftliche Errungenschaften als „ideologisch“ zu betiteln und dadurch ihre Daseinsberechtigung zu negieren. Dem gegenüber stellen sie ihren so genannten „gesunden Menschenverstand“. Konkret ist es ihr Ziel, im vermeintlichen Kampf gegen den „Kulturmarxismus“⁵ einen gesellschaftlichen Backlash⁶ zu propagieren. Dies stellt eines der wichtigsten Bindeglieder zwischen dem bürgerlich-konservativen und dem extrem rechten Lager dar. Die Existenz eines sozial konstruierten Geschlechts (Gender) wird in Abrede gestellt. Es wird von der „Erfindung des Sexismus“ durch „Kulturmarxisten“ und „Linksfaschisten“ gesprochen. Diese solle verhindern, dass die Menschen ihrer angeblich „natürlichen“ Rolle nachgehen. Feminismus wird dabei als omnipotente Verschwörung dargestellt, mit dem Ziel, die Gesellschaft in totalitärer Art und Weise umzugestalten.

Als AkteurInnen treten hier vor allem die Publikationsorgane PI-News, Blaue Narzisse und die Junge Freiheit, sowie die AfD, die „Pegida“-Bewegung und in vorderster Front die „Demo für Alle“ in Erscheinung. Letztere sehen ihre Hauptaufgabe darin, gegen den neuen Bildungsplan in Baden-Württemberg mobil zu machen. Dieser sieht vor, die Bewusstmachung über geschlechtliche Diversität fächerübergreifend zu thematisieren.

⁵ „Kulturmarxismus“ ist ein politischer Kampfbegriff der (Neuen) Rechten, der eine angebliche Verschwörung „der Linken“ beschreibt. Ziel dieser Verschwörung sei es die Kultur und Moral zu bekämpfen, sowie „traditionelle Werte“ auszulöschen. Historisch stammt der Begriff aus den USA („cultural marxism“), wo er zur Umdeutung des kommunistischen Feindbildes genutzt wird, seit die klassische Red Scare überholt war. Auch der norwegische Attentäter Anders Breivik sprach bei der Rechtfertigung seiner Taten von der Verteidigung gegen den Kulturmarxismus.

⁶ Als „Backlash“ (dt. „Gegenschlag, Rückschlag“) bezeichnet man gegen als fortschrittlich erachtete Entwicklungen gerichtete Bestrebungen oder auch die Rückkehr konservativer Wertvorstellungen. Im gegenwärtigen US-amerikanischen Sprachgebrauch bezieht sich der Begriff auf wiederkehrende Bestrebungen einer privilegierten Gruppe von Menschen, neu gewonnene Rechte und Freiheiten einer unterprivilegierten Gruppe rückgängig zu machen.

Unter dem Phänomen „Political Correctness“ werden eine Vielzahl emanzipatorischer und fortschrittlicher Begriffe und Theorien subsumiert und diffamiert. Diese „Anti-Politische Korrektheits-(PC)“-Kampagne stellt eine der wichtigsten Backlash-Strategien dar, die nicht nur Antifeminismus und Homophobie, sondern auch die Re-Etablierung antisemitischer Codes und die Enttabuisierung rassistischer sowie revisionistischer Inhalte befördern soll.

1.2.3. Ethnopluralismus und Kulturalismus am Beispiel der „Identitären Bewegung“ („IB“)

Da es heutzutage nicht mehr ohne Weiteres möglich ist, mit offen rassistischen Parolen und Aussagen aufzutreten oder sich gar zum Nationalsozialismus zu bekennen, nutzen (neu-)rechte Gruppierungen mittlerweile gerne das Konzept des Ethnopluralismus bzw. des Kulturalismus. Diese Ideologie trifft man aktuell insbesondere bei VertreterInnen der so genannten „Identitären Bewegung“ an. Diese aus Frankreich stammende nationalistische und fremdenfeindliche Gruppierung tritt mittlerweile auch in Österreich und Deutschland auf und veranstaltet auch in Karlsruhe Versammlungen und Stammtische. Sie verortet sich selbst in der (Neuen) Rechten. Ob mittlerweile auch zu ihnen durchgedrungen ist, dass die „Lehre“ von menschlichen Rassen nicht mehr dem wissenschaftlichen Stand entspricht oder ob sie aus rein politischem Kalkül von Ethnien und Kulturen statt von Rassen sprechen, sei dahingestellt. Auch wenn sich die „Identitären“ zumindest offiziell von RassistInnen und Neonazis distanzieren, bleibt nach genauerer Betrachtung des von ihnen propagierten Konzeptes des Ethnopluralismus nicht viel mehr davon übrig.

Der Ethnopluralismus geht davon aus, dass jede menschliche „Kultur“ ihren eigenen angestammten Lebensraum hat, es also homogene Gruppen von Menschen gäbe, die durch Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kultur automatisch das Recht hätten, an einem bestimmten Ort der Welt zu leben oder eben auch nicht. Menschen verschiedener Kulturen könnten nicht friedlich zusammen leben, da jede Kultur eine quasi naturgegebene, unabänderliche Identität besitze, welche sich auch nur in ihrem angestammten Territorium entfalten könne. Wenn Menschen ihren Kulturkreis verlassen und versuchen, auf dem Gebiet anderer Kulturen zu leben, würde dies automatisch zu Konflikten mit der angestammten Bevölkerung führen.

Wer zu welcher Kultur gehört, wird ausschließlich an physiognomischen und symbolischen Merkmalen festgemacht, insbesondere MuslimInnen werden anhand ihrer vermeintlichen körperlichen Merkmale und anhand des Verwendens religiöser Symbole essentialisiert. Da es laut den „Identitären“ verschiedene Kulturkreise und damit einhergehend eben auch verschiedene Moral- und Rechtsvorstellungen gäbe, können

laut ihnen auch die universellen Menschenrechte nicht weltweit gelten. So lehnen sie zumindest implizit das Menschenrecht auf Asyl ab, wenn sie, ganz in der Tradition der neuen und alten Rechten, von Masseneinwanderung in „unsere“ Sozialsysteme und einer vermeintlich damit einhergehenden „Islamisierung“ schwadronieren. Es wird eine Bedrohung heraufbeschworen, von der man eigentlich weiß, dass sie nicht existent ist. Dieses vermeintliche Bedrohungsszenario wird aber immer wieder wiederholt und so als Mythos sozial tradiert, so dass es sich über kurz oder lang als vermeintlich reale Gefahr in so manchem Kopf festsetzt. Anstelle der „Asylantenfluten“ der 1990er Jahre sind „Einwanderungen aus anderen Kulturkreisen“ getreten.

Als „Rettungsanker“ vor den Gefahren einer kulturellen Überfremdung wird wiederkehrend „unsere“ „christlich-jüdische Tradition“ heraufbeschworen. Dies entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn man in Betracht zieht, dass Kopftuch tragende Muslima als vermeintliches Symbol für die Unterdrückung der Frau durch den Islam erhalten müssen, die Forderung nach der Gleichberechtigung der Frau im „Abendland“ aber keine Konsequenz des kulturellen Erbes ist, sondern sich gerade entgegen der christlichen Tradition und entgegen des Widerstandes derjenigen, die sich auf das Abendland berufen, durchsetzen musste. Es lässt sich schließlich festhalten, dass sie zwar terminologisch zwischen „Rasse“ und „Kultur“, zwischen „Lebensraum“ und „angestammten Territorien der Völker“ differenzieren, unterm Strich bleibt es aber alter Wein in neuen Schläuchen, gemeinhin bekannt als Rassismus.

1.3. Die Methodik der regelmäßigen Massenmobilisierung

Bis noch vor wenigen Jahren waren rechte Aufmärsche eher die Ausnahme als die Regel. So fanden sie meist unregelmäßig zu besonderen Anlässen oder jährlich und dann an einem Datum mit historischen Bezug statt. Ein besonderer inhaltlicher Schwerpunkt und auch thematischer Aufhänger war häufig die Schuldfrage im zweiten Weltkrieg. Rechtsradikale benutzten verschiedene Bombardements deutscher Städte während des zweiten Weltkrieges wie beispielsweise Magdeburg, Dresden oder Pforzheim für ihre Propaganda und stilisierten TäterInnen zu Opfern. Geschichtsrevisionismus stellte lange Zeit eines der Themen mit dem größtem Mobilisierungsfaktor der Rechten dar. Zeitweise wurden hier TeilnehmerInnenzahlen im oberen vierstelligen Bereich erreicht. Ergänzt wurde diese Palette in Baden-Württemberg noch durch die mittlerweile nach §129 als kriminelle Vereinigung eingestufte und verbotene Gruppe „Autonome Nationalisten (AN) Göppingen“, die Jährlich am zweiten Samstag im Oktober zu einer „antikapitalistischen Demonstration“ einluden, welche sich von der Stärke stets im unteren dreistelligen Bereich bewegte.

2014 änderte sich dies grundlegend mit dem Aufkommen neuer AkteurInnen, wie beispielsweise den so genannten „Mahnwachen für den Frieden“. Diese verfolgten zum

Einen eine „Querfrontstrategie“⁷. Zum Anderen zeichneten sie sich dadurch aus, dass sie die Methodik der wöchentlich stattfindenden öffentlichen Versammlungen, wie es bisher von den Montagsdemonstrationen zum Ende der DDR, aber auch im Rahmen der Proteste gegen die Agenda2010 oder Stuttgart21 praktiziert wurde, auf rechte und verschwörungstheoretische Themen zu übertragen. Ende des Jahres 2014 griff dann die gerade aufkommende „Pegida“-Bewegung diese Methodik auf und besetzte sie mit fremden- und islamfeindlichen sowie rassistischen Inhalten. Dies ermöglichte es in jüngerer Vergangenheit erstmalig mehrere tausend Menschen mit gesellschaftlich rückschrittlichen Forderungen zu teilweise wöchentlich stattfindenden Demonstrationen zu mobilisieren.

Seitdem gehören regelmäßig stattfindende Aufmärsche, bei denen Menschenfeindlichkeit propagiert wird, sowie die oftmals obligatorischen Gegenveranstaltungen vielerorts zum Stadtbild. Dabei versteht sich die (Neue) Rechte in der Regel als Bündnis, das bis tief ins bürgerliche Lager reicht. Festzuhalten bleibt, dass sich die methodische Bandbreite unserer GegnerInnen erweitert hat. Auf diese veränderten Umstände musste sich auch die antifaschistische Bewegung erst einstellen. Manifestiert hat sich dies am deutlichsten an der (bundesweiten) Mobilisierungskampagne zu den Aktionen gegen den etablierten geschichtsrevisionistischen Naziaufmarsch Anfang des Jahres 2015 in Magdeburg. Was als eines der größten bundesweiten Events der antifaschistischen Bewegung geplant war, verlor kurzer Hand an Bedeutung.

1.4. Schlussbetrachtung

Zusammenfassend ist festzustellen, dass in den aktuellen politischen Diskursen von rechter Seite stets die Themen an Popularität gewinnen, die eine Schnittstelle zwischen extrem rechtem und konservativem Lager herstellen. Werden die selben Themen von FaschistInnen und Bürgerlichen zwar mit unterschiedlichen Argumentationen bedacht, schlagen die daraus resultierenden Forderungen zunehmend in eine ähnliche Kerbe. Versammlungen, wie sie von den unterschiedlichen „Pegida“-Ablegern organisiert werden, stellen ein Sammelbecken für nahezu alle rechten AkteurInnen dar. In Regionen, in denen sich keine solche Bewegung etablieren konnte, füllen andere rückschrittliche Allianzen diese Lücke. Ein Beispiel dafür ist die unter anderem antifeministische „Demo für Alle“ in Stuttgart. Auch hier treten bürgerlich Konservative und religiöse FundamentalistInnen zusammen mit extrem rechten AktivistInnen auf. Durch ein Cor-

⁷ Der Begriff „Querfront“ bezeichnet eine rechte Bündnisstrategie, die Gemeinsamkeiten zwischen den politischen Lagern betont oder zu konstruieren versucht, mit dem Ziel, die politische Macht eines Nationalstaats zu übernehmen. Erreicht werden soll dieses Ziel durch Aufgreifen traditionell linker Themen wie Friedenspolitik, Globalisierungskritik, Antikapitalismus sowie Antimperialismus.

porate Design soll diese Inhomogenität verschleiert werden, um Massentauglichkeit zu erzeugen.

Die Forderungen, die im Rahmen von Veranstaltungen wie der „Demo für Alle“ propagiert werden, zielen in die Richtung einer nationalen Kulturrevolution bzw. einer „Kulturrevolution von rechts“⁸. Diese Idee ist nicht neu. Ihren ideologischen Ursprung hat sie in der französischen „Nouvelle Droite“-Bewegung – dem Vorläufer der (Neuen) Rechten in der BRD. Politische Grundlage der französischen und deutschen (Neuen) Rechten ist die Aberkennung der Gleichheit aller Menschen, welche sich in einem konkreten Antiliberalismus und Antiegalitarismus ausdrückt. Trotz der Versuche der (Neuen) Rechten sich von den Ideen des Nationalsozialismus zu distanzieren, sind die Gemeinsamkeiten zwischen „NS“-Ideologie und (neu-)rechten Ideen nicht von der Hand zu weisen. Das beweisen vor allem die Schriften und Denker, auf die sich die (Neue) Rechte hierzulande bezieht. Das sind vor allem Personen aus dem reaktionären und konservativen Spektrum zu Zeiten der Weimarer Republik, die damals schon versuchten einer konservativen Revolution unter völkischen Gesichtspunkten Leben einzuhauchen. Auch wenn inhaltlich Abstand zum Nationalsozialismus genommen wurde, so tummelten sich dennoch auch extrem reaktionäre und faschistische Denker innerhalb dieser Bewegung – die Gemeinsamkeiten waren zu eindeutig. Das ist auch der Stichpunkt, wenn es um die politische Verortung der (Neuen) Rechten geht. Man findet ein Sammelsurium aus verschiedensten rechten Ideen wieder, das auch heute versucht, sich von den Taten des Nationalsozialismus zu distanzieren und ein „Beispiel dafür [ist], dass die Grenzen zwischen neonazistischem und „neu-rechtem Milieu“ fließend sind“⁹.

2. Zur Notwendigkeit eines organisierten, abwehrfähigen Antifaschismus

Die bisherigen Ausführungen haben verdeutlicht, dass die Rechte sich in ganz Deutschland und Europa neu aufstellt bzw. aufgestellt hat. Der Frage, wie wir als AntifaschistInnen dieser neuen Gefahr von Rechts begegnen sollen, muss immer eine Analyse der aktuellen ökonomischen und sozialen Gegebenheiten sowie des Zustands des politischen Gegners vorausgehen. Dabei ist es auch wichtig, das Wesen des Faschismus zu kennen und in die heutige Zeit adaptieren zu können. Denn der Faschismus gehört noch lange nicht der Vergangenheit an.

⁸ Speit, in *Die neue Rechte*, November 2015, Nr. 157, Jahrgang 26.

⁹ Weiß, a.a.O.

2.1. Ausgangspunkt antifaschistischer Aktion: Faschismusthesen und Theorien

Grundlage aller antifaschistischer Organisation und Aktion ist die theoretische Auseinandersetzung mit den Ursachen des Faschismus. Dabei ist es nicht nur wichtig eine Analyse aktueller gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Entwicklungen zu berücksichtigen, sondern auch bereits verwendete Thesen über den Faschismus hinsichtlich ihrer Angemessenheit, Relevanz und Aktualität hin zu überprüfen. Seit den 1920er Jahren des vergangenen Jahrhunderts kamen in der antifaschistischen und kommunistischen Organisation unterschiedliche Faschismusthesen zum Einsatz, welche die Ausgangslage und Zielsetzung dieser Organisationen und Bewegungen bestimmten. Dass hierbei auch verkürzte Thesen entstanden und angewandt wurden, ist vor allem am Beispiel der Sozialfaschismusthese der KPD ersichtlich – welche natürlich auch respektive der damaligen gesellschaftlichen und politischen Konstellation gesehen werden muss. Die Ablösung der Sozialfaschismusthese durch die sogenannte „Dimitroff-These“, die im Rahmen des 7. Weltkongresses der Komintern (Kommunistische Internationale) verabschiedet wurde, fußte auf einer völlig neuen Interpretation des Faschismus, der nun nicht mehr mit der bürgerlichen Gesellschaft gleichgesetzt wurde, sondern als das Resultat dieser – unter Einsetzung heftiger ökonomischer und gesellschaftlicher Krisen – betrachtet wurde. Der Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Imperialismus und Faschismus ist Grundlage jeglicher Faschismusthese und bestätigt sich vor allem in marxistischen Faschismustheorien, die im Gegensatz zu vielen anderen eher phänomenologischen Theorien über den Faschismus, den Vorteil besitzen, sozial-ökonomische Kausalitäten zu berücksichtigen und den Faschismus dadurch nicht als „überwunden“ oder „tot“ betrachten.

2.1.1. Faschismus als Option der kapitalistischen Klasse

Die Frage, der in diesem Kapitel nachgegangen werden soll, wieso der Faschismus nach so langer Zeit des „Friedens“ noch als Gefahr gelten soll, lässt sich einleitend kurz und knapp beantworten:

Weil er zum Wesen des Kapitalismus gehört. Der Philosoph und Mitbegründer der „Frankfurter Schule“ Max Horkheimer hat es treffend ausgedrückt: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, muss auch vom Faschismus schweigen“. Was aber genau meinte er damit? Ein Blick in die Vergangenheit unter Hinzuziehung einer Analyse des Faschismus offenbart, wie viel Wahrheit in dieser Aussage Horkheimers steckt.

Die kapitalistische Klasse gerät vor allem in Krisenzeiten gehörig unter Druck, die Legitimität von Privatbesitz über die Produktionsmittel zu rechtfertigen und ihren Fortbestand zu sichern. Das war vor allem zu Zeiten der Weimarer Republik der Fall, als

der Kapitalismus sich auf die nächste Stufe weiterentwickelte. Damals wurde in vielen europäischen Ländern das postindustrielle Zeitalter eingeläutet und das Kapital begann damit Mehrwert an den Börsen und Arbeitskraft im Ausland zu reproduzieren. Das war zugleich die Geburtsstunde des Finanzkapitalismus und des Imperialismus. Nach der Weltwirtschaftskrise zum Ende der 1920er Jahre und der damit einhergehenden massenhaften Arbeitslosigkeit gelangte die kapitalistische Klasse in Deutschland immer mehr in Erklärungsnot. Das gleichzeitige Erstarken der Arbeiterbewegung und die Wahlerfolge der KPD führten dazu, dass sich die Kapitalisten dem parlamentarischen Pluralismus entledigen mussten – da sich die Werktätigen sowie die nichtmonopolistische Bourgeoisie dadurch zur Wehr setzen konnten – um eine Alleinherrschaft zu garantieren. Dieser Drang nach Alleinherrschaft ergab „ (...) sich aus dem objektiven Zwang, zur Sicherung der für das Überleben im Konkurrenzkampf notwendigen Akkumulation nicht nur den Durchschnittsprofit, sondern Monopolprofite zu erzielen“¹⁰.

Die tiefere Logik, die hinter Horkheimers These steckt, lässt sich anhand verschiedener Theorien verstehen. Grundlegend ist, dass der Kapitalismus in seiner Bestrebung nach Monopol, also wenn er sich auf die Stufe des Imperialismus entwickelt hat, mit kriegerischen Mitteln versucht, sein Einflussgebiet im Sinne der Kapitalakkumulation – und Reproduktion zu vergrößern. Der Kapitalismus des 20. Jahrhunderts hat sich durch Kolonisation und Eroberung ausgebreitet. Dort wo er nicht ohne Gegenwehr walten konnte, hat er faschistische Bewegungen unterstützt, um revolutionäre Bestrebungen zu zerschlagen.

„Wenn man die künstlichen Nebel, die der Faschismus in allen Ländern aufsteigen lässt, wegbläst, so erblickt man dahinter einen guten alten Bekannten. Er ist gar nicht wunderbar und gar nicht geheimnisvoll, er bringt keine neue Religion und kein neues goldenes Zeitalter. Er kommt weder aus der Jugend, noch aus dem Kleinbürgertum, wenn er es auch manchmal versteht, beide gründlich hereinzulegen: er ist der gegenrevolutionäre Kapitalist, der geborene Feind der klassenbewußten Arbeiterschaft. Der Faschismus ist weiter nichts als eine moderne, volkstümlich maskierte Form der bürgerlich-kapitalistischen Gegenrevolution.“¹¹

Bei diesem so treffenden Zitat muss jedoch auch berücksichtigt werden, dass die Bourgeoisie niemals Organisatorin bzw. das faschistische Subjekt selbst ist. Wie Kühnl schon dargestellt hat, kam der Faschismus in Deutschland nur durch das Bündnis mit der kapitalistischen Klasse an die Macht. Basis und somit Träger des Faschismus war nach eingehender Sozialanalyse der damaligen gesellschaftlichen Konstellation, das Kleinbürgertum und Teile der Arbeiterklasse, Organisator die aus rechten und völkisch-na-

¹⁰ Kühnl, 2014, S. 236

¹¹ Rosenberg, 1967, S. 78

tionalistischen Ideologen geformte faschistische Partei, die „NSDAP“¹². Dazu stellte Thalheimer dar, dass vor allem damals „das Parlament nicht mehr in der Lage war, das politische Interesse des Bürgertums zu ermitteln, zu formulieren und durchzusetzen“¹³. Dieser Entdemokratisierungsprozess sowie die Angst des kleinbürgerlichen Mittelstandes vor dem ökonomischen sozialen Abrutschen bedingt durch die Ausweitung des Monopolkapitalismus und vor der Emanzipation der Arbeiterklasse, welche die soziale Lage des Kleinbürgertums in Frage stellte, führte zur Organisierung dieser sozial deklassierten und wirtschaftlich Benachteiligten – eben vor allem aus dem Kleinbürgertum. Diese stellten damals die Massenbasis für den Aufstieg des Faschismus – sowohl als Wähler, als auch als Kämpfer gegen die Arbeiterbewegung. Dass das Kleinbürgertum jedoch als generelle soziale Basis faschistischer Bewegungen gilt, ist nicht pauschalisier- bzw. generalisierbar.¹⁴

Es ist wichtig aktuelle Klassenkonstellationen zu betrachten, um mögliche soziale AkteurInnen faschistischer Bewegungen auszumachen. Neben soziologischen Betrachtungsweisen spielen dabei auch psychologische Sichtweisen eine Rolle. Gerade bei aktueller Betrachtung der „Pegida“-Bewegung ist festzustellen, dass vor allem der autoritäre Charakter, der völkische Nationalismus sowie die soziale Dominanzorientierung gegenüber Schwachen, wesentliche Grundzüge kleinbürgerlicher Milieus und damit auch Träger faschistischen Gedankenguts sind.

2.1.2. Faschismus als Bündnis

Der Faschismus funktioniert als Bündnis aus faschistischer Massenbasis bzw. -bewegung, faschistischer Partei und bestimmten Teilen der kapitalistischen Klasse – primär dem Monopol- bzw. Finanzkapital. Das Kleinbürgertum, also der gesellschaftliche Akteur, der zwischen Großbürgertum und Arbeiterklasse steht, wird zum Katalysator der faschistischen Massenbewegung, aus Angst Teil des Proletariats zu werden. Die Konstellation der AkteurInnen kann je nach Fortschritt der faschistischen Partei bzw. Bewegung zu unterschiedlichen Zeitpunkten variieren. Die Unterstützung durch das Großkapital findet erst statt, wenn bestimmte Faktoren eintreten. Das heißt, wenn es an Legitimation verloren hat, sich also revolutionäre Bestrebungen verstärken, wenn die Kapitalakkumulation stockt, also Märkte z.B. nicht (mehr) für das Kapital zugänglich sind, oder es einfach keine andere Wahl mehr hat, als eine stark gewordene faschistische Bewegung zu unterstützen. Es muss hier nicht erwähnt werden, dass sich die gesellschaftlichen AkteurInnen in Zeiten revolutionärer Umbrüche polarisieren und sich das

¹² vgl. Kliem u.a., 1967, S. 9

¹³ a.a.O., S.9

¹⁴ Kühnl, 2014, S. 115

Kapital immer auf die Seite der AkteurInnen stellen wird, die gegen die Interessen der Arbeiterklasse agiert. Damit ist auch das Wesen des Faschismus zu benennen. Der Faschismus tritt auf als Bewegung aus konservativen, nationalistischen und völkischen Kräften, die sich nicht in erster Linie aus ihrer sozialen und/oder ökonomischen Position in der Gesellschaft verbinden, sondern vor allem aufgrund antimodernistischer und antiegalitaristischer Ideologien, zu denen sich ein gemeinsames Feindbild sowie eine pseudoantikapitalistische Sichtweise gesellt.

Durch die Tatsache, dass der Faschismus die Option der herrschenden Klasse in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft – also der Bourgeoisie – ist, wenn sich das Kapital in einer Legitimations-, aber auch Reproduktionskrise befindet, besteht die Bedrohung durch den Faschismus faktisch noch immer. Man muss jedoch bei jeglicher Analyse aktuelle politische und ökonomische Machtverhältnisse berücksichtigen. Das Kapital hat seinen Einfluss auf den Parlamentarismus weitgehend ungestört geltend gemacht. Der Kapitalismus kann heute mehr denn je autoritär auftreten, ohne dabei auf große Gegenwehr seitens der Politik oder der Zivilgesellschaft zu stoßen. Die Durchsetzung von Freihandelsabkommen, der Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten und die Eroberung neuer Märkte funktionieren reibungslos. Das Misstrauen des Finanz- und Großkapitals in die parlamentarische Demokratie und den Republikanismus, wie sie noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts vorherrschend war, hat sich gelegt – man hat sich arrangiert.

Die Theorie von Reinhard Opitz, die den Faschismus als Diktatur des Monopolkapitals spezifiziert, und nach der das Monopolkapital – also Banken und Konzerne – auf eine Alleinherrschaft auf ökonomischem und politischem Gebiet drängt, bewertet dieses Arrangement zwischen Monopolkapital und Parlamentarismus dahingehend, dass das Monopolkapital nicht prinzipiell und immer an der Beseitigung der parlamentarischen Demokratie interessiert ist. Denn solange seine eigenen Interessen durchsetzbar sind und die parlamentarische Demokratie über die Massenzustimmung in der Bevölkerung verfügt und nichtmonopolistische Gesellschaftsschichten (z.B. Kleingewerbe, Handwerk) sowie die ArbeiterInnenklasse integriert werden können, hat das Monopolkapital kein Interesse an einer Destabilisierung dieses Zustandes. Sollte dieser (globalpolitische) Einfluss sowie die Legitimations- und Integrationsarbeit jedoch nicht mehr funktionieren, braucht das Monopolkapital eine (neue) politische PartnerIn.¹⁵ Wieso das Kapital nicht selbst politisch regiert bzw. regieren will, lässt sich anhand des folgenden Auszugs aus einem Text von Arthur Rosenberg über den „Faschismus als Massenbewegung“ veranschaulichen:

¹⁵ vgl. Kühnl, 2014, S. 257 f.

„Seit dem Beginn der modernen Produktionsform übte der bürgerliche Kapitalismus die Herrschaft über alle zivilisierten Länder aus. Es ist indessen leicht zu verstehen, daß niemals die Kapitalistenklasse direkt durch ihre eigene physische Gewalt ihren Willen den Massen des Volkes aufzwingen konnte. Es ist eine komische Idee, sich vorzustellen, wie die Fabrikanten und Bankiers persönlich zu den Waffen greifen und mit Gewehr und Säbel das übrige Volk sich untertänig machen. Der alte Feudaladel konnte noch aus eigener physischer Kraft regieren. Im Mittelalter war die schwerk gepanzerte Ritterschaft tatsächlich den übrigen Volksschichten militärisch überlegen. Ebenso würde in einem Staat, den die Arbeiter oder die Bauern beherrschen, die regierende Klasse auch tatsächlich die physische Gewalt ausüben. Die Kapitalisten dagegen müssen indirekt regieren. Wie sie nicht selbst ihre Waren hämmern und schmieden, wie sie nicht selbst hinter dem Ladentisch stehen und ihre Produkte dem Kunden verkaufen, so können sie auch nicht selbst ihr Militär, ihre Polizei und ihre Wählerschaft sein. Sie brauchen Helfer und Diener, um zu produzieren, um zu verkaufen und zu regieren.“¹⁶

Der bürgerliche Staat hat in erster Linie die strukturelle Aufgabe, die Eigentumsverhältnisse im Sinne der kapitalistischen Klasse zu verteidigen. Dies tut er auf Grundlage der Verfassung und unter Zuhilfenahme der Gewalten (Exekutive, Legislative, Judikative). Die Möglichkeit, die der parlamentarisch-demokratische Pluralismus anhand des Einflusses auf das Maß der Durchsetzung kapitalistischer Interessen (durch sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften) bietet, wird nur solange durch die kapitalistische Klasse toleriert, wie es keine großen Verschiebungen oder Veränderungen der Produktions- und Machtverhältnisse in Ökonomie und Politik gibt. Durch die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, die nicht nur die Bourgeoisie in Bedrängnis – um Kapitalreproduktion – bringt, sondern auch dafür sorgt, dass das Proletariat unter Lohnkürzungen, Entlassungen und Kürzung von Sozialleistungen etc. zu leiden hat, birgt eine immer wiederkehrende Gefahr für die herrschende Ordnung und deren Machtverhältnisse. Die ausgelösten ökonomischen Krisen fusionieren dabei auf gesellschaftlicher Ebene mit autoritären und reaktionären Ideologien und rufen rechte Kräfte auf die politische Bühne, während gleichzeitig fortschrittliche und revolutionäre Bewegungen erstarken können. Diese bereits angesprochene Polarisierung wird dann durch die kapitalistische Klasse dahingehend beeinflusst, dass Feindbilder produziert werden, um von der eigentlichen Problematik – also der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus – abzulenken. Damit werden nicht zuletzt rechte und faschistische Parteien, Bewegungen und Positionen direkt oder indirekt unterstützt. Es beginnt eine zuerst rein oberflächliche Verknüpfung rechter und faschistischer Bewegungen mit der kapitalistischen Klasse, auf die je nach Stärke der faschistischen Bewegung (Massenbasis, parlamentarischer Einfluss) und je nach Schwäche der kapitalistischen Klasse (Kapitalreproduktion- und akkumulation stockt, fehlende Legitimation in der Bevölkerung, Angst vor Revolution), eine Phase direkter Unterstützung folgt. Die Abfolge erstreckt sich im Detail natürlich über Jahre

¹⁶ Rosenberg, 1967, S. 78 f.

und ist immer geprägt von politisch-diplomatischen Auseinandersetzungen innerhalb der faschistischen Bewegung mit der kapitalistischen Klasse. Anhand des Beispiels der „NSDAP“, als zwar faschistische Partei, die jedoch durch und durch – vor allem in der Anfangszeit – heterogen war, gab es diffuse antikapitalistische und gemäßigte konservativ-liberale Positionen. Das Großkapital hatte damals natürlich Einfluss auf wichtige Personen und Funktionsträger in der „NSDAP“, um den kleinbürgerlichen und antikapitalistischen bzw. postfeudalistischen Teil zurückzudrängen.

Auch heute würde das Großkapital diesen Einfluss in einer faschistischen Partei zurückdrängen und die prokapitalistischen Strömungen unterstützen bzw. diesen zur parteiinternen Vorherrschaft verhelfen. Damit wird auch der Bündnischarakter aus faschistischer Bewegung und Bourgeoisie erkennbar. Das Bündnis aus faschistischer Partei und Monopolkapital bzw. kapitalistischer Klasse als Ganzes funktioniert nur, wenn beide PartnerInnen sich arrangieren. Die Kapitalisten haben der „NSDAP“ so z.B. den Antisemitismus und die extremen völkischen Positionen zugestanden – ohne hier zu verkennen, dass das Großkapital letztlich am industriellen Massenmord der JüdInnen ungemein profitiert hat. Auf der anderen Seite konnte das Großkapital mittels „NSDAP“ die Wirtschaft zu seinen Gunsten beeinflussen (Staatskredite, Staatsaufträge, Expansion) – wobei Letzteres auch im Kontext des 3. Reichs gesehen werden muss, das dem Kapital zwar Profitsicherung garantierte, den Mehrwert aber zu Teilen selbst abschröpfte.¹⁷

2.1.3. Einschätzung aktueller Bündniskonstellationen

Trotz der großen inhaltlichen Übereinstimmung (Zerschlagung der ArbeiterInnenklasse, Verwertung inländischer und ausländischer Arbeitskräfte, Autoritarismus), gibt es aktuell Differenzen zwischen den Interessen der faschistischen Bewegungen und Parteien und dem Großkapital. Durch die beinahe uneingeschränkte Möglichkeit Kapital global zu reproduzieren (Freihandelsabkommen, Währungsunionen, Marktansprüche etc.), wohingegen faschistische Bewegungen für eine Renationalisierung politischer, ökonomischer und kultureller Verhältnisse stehen, ist davon auszugehen, dass sich faschistische Bewegung und Großkapital nur unter verschärften Bedingungen vereinen (Aufstreben der Arbeiterklasse, Revolution).

Es wird also offensichtlich, dass verschiedene politische, ökonomische und gesellschaftliche Kräfte zu bestimmten ökonomisch-gesellschaftlichen Entwicklungszeitpunkten durchaus auf das Konzept des Faschismus zurückgreifen. Die Gefahr des Faschismus geht also einher mit der kapitalistischen Produktionsweise sowie seiner daraus resultie-

¹⁷ vgl. Horkheimer, 1942, S. 6

renden Krisenhaftigkeit und dem durch die Produktionsverhältnisse hervorgerufenen Klassenantagonismus. Auch kann man festhalten, dass der Faschismus, aufgrund der gesammelten Faktoren (Bündnispartner weiterhin unverändert vorhanden, fehlende Regierungsfähigkeit des (Monopol-Kapitals) immer noch eine präsente Gefahr darstellt, jedoch faschistische Bewegung und Monopolkapital – zwar nicht inhaltlich, aber politisch-pragmatisch – weiter auseinander sind als zu Zeiten der Weimarer Republik. Im folgenden soll daher die Betrachtung auf die gegenwärtigen Kräfte fallen, die an einer Einsetzung des Faschismus interessiert sind.

2.2. Analyse aktueller faschistischer AkteurInnen bzw. ProfiteurInnen und deren Gefahrenpotenzial

Um eine Einschätzung über die konkrete Gefahr des Faschismus zu erhalten, bedarf es einer kontinuierlichen Betrachtung verschiedener gesellschaftlicher und ökonomischer Faktoren. Das Erstarken der faschistischen Bewegung setzt gewisse gesellschaftliche und ökonomische Krisen voraus, die zu einer Desintegration verschiedener Teile der Bevölkerung führen. Die Stärke der Linken ist hierbei zugleich die Schwäche der Rechten. Darauf soll später jedoch noch vertieft eingegangen werden. An dieser Stelle beschränken wir uns auf die negativen gesellschaftlichen und ökonomischen Faktoren, die dem Faschismus Auftrieb verleihen sowie auf die Analyse der faschistischen Bewegung an sich.

2.2.1. Aktuelle gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen

Aktuell befindet sich die Welt in einer instabilen Lage. Sowohl die entwickelten kapitalistischen Zentren, wie Europa oder die USA, wurden in der jüngsten Vergangenheit von ökonomischen Krisen geschüttelt. In Europa führte die Finanzkrise zu verschiedenen Staats- und Wirtschaftskrisen. Die Folge ist heute die Destabilisierung ganzer Teile der Welt – welche zugleich die Ursache für aktuelle Fluchtströme bzw. Migrationsbewegungen ist – sowie eine allgemeine ökonomische und soziale Entsicherung weiter Teile der Bevölkerung. Wilhelm Heitmeyer macht in seiner Studie „Deutsche Zustände“ vor allem politische Krisen (*politische Orientierungslosigkeit, Kontrollverlust der nationalstaatlichen Politik, postdemokratische Zustände*), ökonomische Krisen (*Finanz- und Schuldenkrise, Kontrollgewinn des Kapitals*) sowie die Unkontrollierbarkeit des „islamistischen Terrors“ verantwortlich für dieses Unsicherheitsgefühl innerhalb unserer bürgerlichen Gesellschaften.¹⁸ Gerade die aktuelle Geflüchteten-situation sowie der Kampf des „IS“ führen dazu, dass Menschen bzw. Gruppen andere Menschen bzw. Gruppen abwerten – Heitmeyer nennt das „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Er geht auch

¹⁸ vgl. Heitmeyer, W., 2015, S. 19 f.

davon aus, dass es sich dabei um ein Syndrom handelt, „basierend auf der Annahme, dass die Elemente der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ miteinander zusammenhängen und einen gemeinsamen Kern aufweisen“¹⁹. Die Studien Heitmeyers und KollegInnen haben ergeben, dass es bestimmte Zusammenhänge bzgl. Einstellungsmuster der Abwertenden gibt. So werden z.B. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit vor allem von sozial-dominanten, autoritären und sozial orientierungslosen Gruppen angewandt. Obdachlose und Asylbewerber werden ebenfalls hauptsächlich durch autoritäre und rechte Gruppen abgewertet. Genauso beschweren sich in der Regel vor allem Menschen aus Gruppen mit höherem Einkommen und unter autoritären Gesichtspunkten über als belastend wahrgenommenen Personen, wie Langzeitarbeitslose. Auch Frauen und LGBT-Personen sowie JüdInnen werden meist aus autoritären und sozial-dominanten Aspekten diskriminiert. Ein weiterer zentraler Aspekt der Erkenntnisse der Studie ist, dass neben dem vor allem aus dem bürgerlichen Spektrum stammenden autoritären und sozial-dominanten Abwertungsmechanismus, auch Abwertungen vor allem gegenüber Fremden durch Benachteiligungserfahrungen und Orientierungslosigkeit entstehen.²⁰

2.2.2. Der Knoten zwischen Konservatismus und Faschismus

Aus den Darstellungen Heitmeyers und KollegInnen geht hervor, dass rechtskonservative, sozial-dominante und autoritäre Denkmuster vor allem in den (höheren) bürgerlichen Schichten weit verbreitet sind und durch ökonomische und soziale Krisen auch in den unteren Schichten (Kleinbürgertum, Handwerk, Angestellte) sowie in der ArbeiterInnenklasse hervorgerufen werden können. Diese stellen sich dann als Nährboden für Fremdenfeindlichkeit dar und finden ihre Anwendung vor allem in diesen Tagen. Gerade die steigende Zahl der nach Deutschland Flüchtenden ist dann Wasser auf die Mühlen rechter DemagogInnen. Denn das ruft natürlich die völkischen und nationalistischen Strömungen der Rechten auf den Plan. Sie fürchten die „Überfremdung“, die „Zerstörung der deutschen Identität“ sowie das so genannte „Gendermainstreaming“ und wollen dem ihre konservative Kulturrevolution von Rechts entgegensetzen. Das wollten sie schon damals zu Zeiten der „68er“ tun. Da holte sich die deutsche Rechte Input bei der französischen „Nouvelle Droite“, „um der kulturellen Wende von 1968 etwas entgegensetzen zu können.“²¹ Das Konzept der (Neuen) Rechten wird heute auf verschiedenen Ebenen fortgesetzt und findet vor allem „mit der steigenden Relevanz einer „außerparlamentarischen Opposition“ von Rechts im Stile von „Pegida““²² Gehör.

¹⁹ Heitmeyer, 2015, S. 16

²⁰ vgl. Grau et.al., 2015, S. 129 ff.

²¹ Weiß, 2015, in *Der Rechte Rand*, S.13, Nr. 157, 2015

²² Weiß, a.a.O.

Die Einflüsse verschiedener (neu-)rechter AkteurInnen auf „Pegida“ und Co. im Sinne einer konservativen Kulturrevolution sollten nicht unterschätzt werden. Im Kampf gegen den Liberalismus, unter den die Rechte alles vom aufgeklärten republikanischen Denken bis zum revolutionären Marxismus subsumiert, ist den aktuellen AkteurInnen auch der Schulterschluss – das zeigt auch die Vergangenheit – mit nationalsozialistischen DenkerInnen recht.²³ Der Knoten zwischen Konservatismus und Faschismus muss daher nicht nur konsequent aufgezeigt werden, sondern auch zerschlagen werden, um einer rechten Kulturrevolution, die unsere Lebensverhältnisse weiter verschärfen würde, entgegenzuwirken.

2.3. Zur Notwendigkeit eines offensiven Antifaschismus

Die bisherigen Ausführungen haben verdeutlicht, dass die Rechte aktuell in der Offensive ist – nicht nur in der BRD. Die Gründe dafür sind, wie aufgezeigt, in der Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems zu suchen, auf die die Rechten mittels ihrer reaktionären Sichtweise, die vermeintlich einfacheren Antworten haben bzw. die leichteren Lösungen bieten. Dies ist gewiss auch der Schwäche der deutschen Linken geschuldet, die aktuell nicht in der Lage ist, sich ausreichend Gehör zu verschaffen bzw. angemessene Lösungen anzubieten. Dennoch finden sich positive Entwicklungen vor allem auf außerparlamentarischer Ebene, die es zu unterstützen, voranzubringen und letztlich zu schützen gilt. Ein offensiver Antifaschismus spielt dabei eine wichtige Rolle, gerade in der Abwehr von Angriffen auf revolutionäre Strukturen. Um dies zu garantieren, bedarf es jedoch eines grundlegenden Verständnisses über die Organisation antifaschistischer Arbeit in der BRD.

2.3.1. Die Fehler der Vergangenheit reflektieren

Um den aktuellen Angriffen auf uns und auf MigrantInnen und Geflüchtete dauerhaft etwas entgegensetzen zu können, müssen wir unsere Schwäche analysieren und dürfen begangene Fehler nicht wiederholen.

Seit Jahren befinden sich die revolutionäre Linke und alle antifaschistischen Kräfte in einer organisatorischen Krise, die vor allem in den letzten beiden Jahren zum Ausdruck kommt. Die Pogrome und Brandstiftungen gegen Geflüchtetenunterkünfte haben ein ungeahntes Ausmaß angenommen und scheinen nicht von alleine abzureißen. Gleichzeitig sind so viele Menschen wie selten zuvor auf der Straße gegen „Pegida“- und andere rechte Aufmärsche. Während es jedoch die Rechten schaffen, die aufgeheizte und polarisierende Stimmung zu nutzen, um einerseits eigene Inhalte auf die Straße

²³ vgl. ebd

zu bringen und andererseits Wahlerfolge zu landen, kann die radikale Linke diese Zeit des vermeintlich gesellschaftlichen Bruchs nicht für sich nutzen. Viel zu sehr ist man damit beschäftigt die klassische „Feuerwehr“ zu spielen. Daran sind mehrere Ursachen schuld. Antifaschismus versteht sich seit jeher als ein Sammelbegriff für unterschiedliche linke Strömungen. Mit den Versuchen des autonomen Antifaschismus in den 80er Jahren unterschiedliche gesamtgesellschaftliche Positionen unter einem diffusen Anti-imperialismus zu vereinen und revolutionär zu agieren, agierte man letztlich selbstzerstörerisch. Man konnte nicht nur dem eigenen antifaschistischen Anspruch aufgrund der Abdeckung zu vieler Themengebiete nicht gerecht werden, sondern isolierte sich auch aufgrund eines sehr avantgardistischen Habitus, der vor allem aus der politischen Überladung sowie der Abgrenzung zu anderen nicht so radikalen Gruppierungen resultierte. Die gleichen Fehler wurden dann Anfang der 90er Jahre wiederholt. Zwar konnte mit der Schaffung der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation eine methodische und organisatorische Verbesserung erreicht werden, die Probleme, die sich durch die erneut politisch überladene Ausrichtung ergaben, waren die Selben. Mit dem Versuch unzusammenhängende und politisch-inhaltlich divergierende Gruppen in einer gemeinsamen Organisation unter dem damals viel zu überladenen Begriff des Antifaschismus zusammenzubringen, entstanden interne Auseinandersetzungen, die letztlich zum Auseinanderbrechen des AA/BO und zur Isolation der Gruppen beitrugen, in deren Folge sich viele antifaschistische Gruppen auflösten. Nach diesen Auflösungserscheinungen organisieren sich mittlerweile viele ehemalige Antifagruppen in anderen gesamtgesellschaftlichen und revolutionären Zusammenhängen.

2.3.2. Antifaschismus und revolutionären Aufbau trennen

Die Vorstellung von Antifaschismus als gesamtgesellschaftlich ausgerichtete Bewegung hat auf der einen Seite zur heutigen Isolation revolutionärer und linksradikaler Inhalte und Positionen auf gesellschaftlicher Ebene, auf der anderen Seite zur Erstarkung rechter Bewegungen, nach dem Zusammenbruch antifaschistischer Organisation, geführt.

Eine Trennung von linksradikaler revolutionärer Politik und antifaschistischer Politik ist daher organisatorisch und inhaltlich nötig. Antifaschismus muss sich in der heutigen Phase auf das Zurückdrängen der faschistischen Bewegung konzentrieren, da die faschistische Bewegung die reale und aktive faschistische Bedrohung darstellt. Dieser Antifaschismus darf sich nicht separiert von gesamtgesellschaftlichen linken Zusammenhängen sehen, sondern als eigenständige Ergänzung zu diesen. Um Kapazitäten für die Bekämpfung der faschistischen Bewegung zu konzentrieren – und umgekehrt für den revolutionären Aufbau – müssen die Bereiche Antifaschismus und Antikapitalismus nicht politisch und analytisch, aber aktionistisch und methodisch getrennt werden. Der Bourgeoisie muss durch Klassenkampf durch die revolutionäre Bewegung

(oder Organisation) begegnet werden, um diese zu schwächen. Der antifaschistische Abwehrkampf hingegen muss den Fokus auf die faschistische Bewegung, als TrägerIn des Faschismus, legen und diese aktiv bekämpfen – auch als Schutz der Revolution bzw. der revolutionären Bewegung. Der Bündnispartner (Groß- bzw. Monopolkapital) darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden. Er steht jedoch nicht im Fokus des Antifaschismus, da er nicht Organisator der faschistischen Bewegung ist.

2.3.3. Antifaschismus organisieren und stärken

Den Nutzen den beide Bereiche – die revolutionäre Bewegung/Organisation und die antifaschistische Bewegung/Organisation – von einer organisatorischen Trennung haben, ist ungemein groß. Die Konzentration auf die rein antifaschistische Arbeit ermöglicht es, mit einem hohen Maß an Effektivität rechte und faschistische Strukturen vor dem Erstarken zu hindern und damit gleichzeitig revolutionären und fortschrittlichen Bewegungen den Weg zu ebnet bzw. den politischen Gegner zu schwächen. Gleichzeitig ist es dadurch möglich Handlungs- und Agitationsspielräume einer revolutionären Politik offensiv zu verteidigen. Dennoch muss klar gesagt werden, dass der antifaschistische Kampf kein revolutionärer Kampf an sich ist, jedoch revolutionäre Positionen innerhalb einer antifaschistischen Bewegung/Organisation stets präsent sein sollten, um nicht nur das Verhältnis zwischen militanter Praxis und bürgerlichem Staat bestimmen zu können, sondern auch die Ursachen, Auslöser und Organisatoren des Faschismus nicht aus dem Blickfeld zu verlieren.

Das Ziel eines offensiven und organisatorisch autogenen Antifaschismus muss der Aufbau eines kontinuierlich arbeitenden, überregionalen Zusammenhangs sein. Nur so können aktuelle negative Aspekte und die Fehler der Vergangenheit überwunden werden. Für den überregionalen Aufbau ist dementsprechend eine einheitliche theoretische Basis nötig, die Ausgangspunkt bzw. Grundlage jeder Organisation, die über eine reine punktuelle Vernetzung hinausgeht, sein sollte. Die Fokussierung auf den antifaschistischen Abwehrkampf lässt dabei ein hohes Maß an politischer Divergenz zu und verhindert zugleich eine politisch-inhaltliche Auseinandersetzung, die bei gesamtgesellschaftlichen und autonomen Ansätzen Auslöser innerer Grabenkämpfe und faktischer Schwäche war. Eine gemeinsame Analyse und Deutung des Faschismus auf Grundlage einer Klassenanalyse, die die Voraussetzung für die Erkenntnis über die faschistische Bedrohung darstellt, ist jedoch grundlegend.

3. Literaturverzeichnis

Heitmeyer, W. (2015): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem ent-sicherten Jahrzehnt. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände. Folge 10* (3. Auf-lage). Berlin: Suhrkamp, S. 15-41.

Grau, A.; Groß, E.; Reinecke, J. (2015): Abgehängte Sozialräume. Die Bedeutung von Jugendarbeitslosigkeit für Orientierungslosigkeit und Fremdenfeindlichkeit. In: Heit-meyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände. Folge 10*. Berlin: Suhrkamp, S. 129-149.

Kühnl, R. (2014): *Faschismustheorien. Ein Leitfaden* (2. Neuauflage). Heilbronn: Distel Ver-lag.

Kliem, K.; Kammler, J.; Griepenburg, R. (1967): Zur Theorie des Faschismus. In: Abendroth, W.; Flechtheim, O.; Fetscher I. *Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus* (2. Auflage). Frankfurt am Main: Euro-päische Verlagsanstalt. S. 5-18.

Rosenberg, A. (1967): Der Faschismus als Massenbewegung. In: Abendroth, W.; Flecht-heim, O.; Fetscher I. *Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus* (2. Auflage). Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt. S. 75-141.

Weiß, V. (215): Ahnenreihe. In: *Der Rechte Rand Nr. 157*, 26. Jg. November/ Dezember, S. 12-13.

Speit, A. (2015): Rechts vom ganzen Wesen. In: *Der Rechte Rand Nr. 157*, 26. Jg. Novem-ber/ Dezember, S. 6-7.

Schmid Noerr, G. (1987): *Max Horkheimer, Gesammelte Schriften, Band 5: „Dialektik der Aufklärung“ und andere Schriften 1940-1950*. Frankfurt am Main.

